Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Vollzugsstelle für den Zivildienst
Regionalzentrum Thun
Malerweg 6
3600 Thun

3. Dezember 2013

Revision des Zivildienstgesetzes (ZDG): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens bezüglich der Revision des Zivildienstgesetzes (ZDG). Der Kanton Solothurn wird sich im Folgenden auf Aussagen konzentrieren, welche die Kantone und deren Leistungen betreffen.

Zu den Änderungen des Zivildienstgesetzes nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Solothurn begrüsst grundsätzlich die vorgeschlagenen Änderungen des Zivildienstgesetzes. Insbesondere sind die Anpassungen im Zusammenhang mit dem im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee revidierten Militärgesetz (MG) zu begrüssen.

Nach Prüfung der vorliegenden Vernehmlassungsunterlagen machen wir folgende grundsätzlichen Feststellungen:

1.1 Tätigkeitsbereich Schulwesen

Es ist zu hinterfragen, ob der Tätigkeitsbereich des Zivildienstes weiter ausgebaut werden soll. Gerade im Bereich des Schulwesens, wo die berufliche Qualifikation und die Erfahrung eine bedeutende Rolle spielen, ist es fraglich, ob Zivildienstleistende einen wesentlichen Mehrwert beitragen können. Fraglich ist auch, ob eine genügende Nachfrage nach Zivildienstleistenden in den Kantonen für diesen Bereich überhaupt besteht. Des Weiteren müssten Zivildienstleistende auf den Einsatz an Schulen im Sinne eines Ausbildungskurses vorbereitet werden; dies wird jedoch nicht erwähnt. Hinsichtlich der Frage der Gleichwertigkeit in Zusammenhang mit dem Militärdienst ist schliesslich zu prüfen, ob man diesen zusätzlichen Tätigkeitsbereich überhaupt einführen will und darf (Art. 5 ZDG).

Es erscheint konjunkturpolitisch heikel, das Lehrpersonalangebot mit Hilfe von Zivildienstleistenden künstlich aufzustocken.

Die Öffnung des Bereichs des Schulwesens für den Zivildienst ist deshalb abzulehnen.

1.2 Gleichwertigkeit zum Militärdienst

Das in Art. 5 ZDG verankerte Prinzip der Gleichwertigkeit, wonach die Belastung einer zivildienstleistenden Person durch die ordentlichen Zivildiensteinsätze insgesamt derjenigen eines Soldaten in seinen Ausbildungsdiensten entsprechen muss, ist in vielen Fällen nicht mehr gegeben. Die Revision des Zivildienstgesetzes darf dieses Rechtsprinzip nicht aus den Augen verlieren.

Durch die zunehmende Aufweichung dieses Gleichwertigkeitsprinzips besteht die Gefahr, dass diese Bestimmung im Gesetz obsolet werden könnte. Wir können einem solchen Vorgehen nicht zustimmen.

1.3 Massnahmen bei Gesuchzahlen

Die Zulassungszahlen zum Zivildienst sind weiterhin steigend und bewegen sich weit über den prognostizierten Zahlen.

Wir fordern, dass die Gesuchsteller zum Zivildienst ihr Gesuch um Zulassung zum Zivildienst ausdrücklich nochmals bestätigen müssen. Die Erfahrungszahlen zeigen deutlich, dass die bewusste Bestätigung ein geeignetes Mittel für eine Senkung der Zulassungsmenge ist.

Wir beantragen, dass die Revision des ZDG auch geeignete Massnahmen für eine wesentliche Beeinflussung der Gesuchzahlen nach unten beinhalten muss.

1.4 Evaluation auf Bundesebene

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2013 die Motion „Zivildiensteinsätze an Schulen ermöglichen“ (13.3062) aufgrund von weiteren Abklärungen im Rahmen der Revision des ZDG zum damaligen Zeitpunkt zur Ablehnung beantragt. Das Resultat dieser Abklärungen bzw. eine Evaluation liegt unseres Wissens bis anhin nicht vor und wurde auch nicht im erläuternden Bericht vorgelegt. Es ist folglich überraschend, dass der Tätigkeitsbereich im Schulwesen ohne Bezugnahme auf diese angekündigten weiteren Abklärungen Eingang in die vorliegende Revision finden soll. Diese Vorgehensweise ist störend.

In der Beilage erhalten Sie unsere detaillierten Bemerkungen zum erläuternden Bericht und zu den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anträge und Vorschläge zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Esther Gassler
Frau Landammann

sig. Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage: Detaillierte Bemerkungen zum erläuternden Bericht